



# Info-Bulletin Nr. 12

Dezember / décembre 2008



Gemeindehaus Worben

## Zur Zirkulation

<b>Funktion</b>	<b>Datum</b>	<b>Visum</b>
<input type="checkbox"/> Präsident	.....	.....
<input type="checkbox"/> Vizepräsident	.....	.....
<input type="checkbox"/> Schreiber	.....	.....
<input type="checkbox"/> Kassier	.....	.....
<input type="checkbox"/> .....	.....	.....
<input type="checkbox"/> .....	.....	.....
<input type="checkbox"/> .....	.....	.....
Nach der Zirkulation bitte zurück an	.....	.....



# Aus dem Inhalt

Impressum .....	5
Organe .....	6
Die Präsidentin hat das Wort .....	7
Informationen der Geschäftsstelle .....	9
Hauptversammlung im Mai 2008 in der Mehrzweckhalle Worben .....	9
Regionalversammlungen im November 2008 .....	10
Assemblées régionales d'information 2008 .....	10
Vorstandssitzungen 2008 .....	10
Séances du comité 2008 .....	11
Neuer Revisor .....	12
Mitglieder .....	12
Membres .....	12
Aufruf zur Mitteilung der Internetadresse .....	12
Appel à la communication de votre adresse Internet .....	12
Stellenangebote der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen kostenlos ins Internet stellen .....	13
Arbeitsplatzbewertungen für Finanzverwalter der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen .....	13
Heraldik .....	13
Heraldique .....	13
Baurechtsfragen .....	14
Questions sur les droits de superficie .....	14
Muster-Gemeinwerkreglement .....	14
Bestellung Drucksachen für Burger-Rödel .....	14
Informationen aus den Regionen .....	15
Association des bourgeoisies du Jura bernois .....	15
30 <sup>ème</sup> Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois .....	15
Burgergemeinde Epsach: Dienstjubiläum von Burgerschreiber Fritz Möri-Bracher .....	16
Burgergemeinde Grossaffoltern: Rücktritt von Sekretär/Kassier Willi Leiser .....	16
Burgergemeinde Gündlischwand: Rücktritt von Burgerrat Andreas Boss .....	17
Burgergemeinde Port: langjähriger Burgerschreiber Emil Kessi .....	17
Burgergemeinde Rumisberg: Rücktritt von Kassierin Margrit Ischi .....	18
Burgergemeinde Steffisburg: Rücktritt von Burgerpräsident Peter Spring .....	18
Allgemeine Informationen / Informations générales .....	20
Vorschriften über die Harmonisierung der amtlichen Register .....	20
Directives sur l'harmonisation des registres officiels .....	21
Neues Strassengesetz im Kanton Bern – Auswirkungen für die Waldeigentümer .....	22
Nouvelle loi sur les routes dans le canton de Berne – Incidences sur les propriétaires de forêts .....	23
Infostar .....	25
Infostar .....	25
Gesetz über die Archivierung (ArG) .....	25
Loi sur l'archivage (LArch) .....	26
Stimmrechtsalter 16; Vernehmlassung .....	26
Droit de vote à 16 ans ; consultation .....	27
Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (E-Voting) .....	27
Révision partielle de la Loi sur les droits politiques (vote électronique) .....	27
Strassenverordnung; Vernehmlassung zum Entwurf .....	28
Ordonnance sur les routes (OR); Projet en procédure de consultation .....	29
Wichtige Daten / Dates importantes .....	30
Dank und Ausblick .....	30
Remerciements et perspectives .....	30
Referat von Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Militär- und Polizeidirektor des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung in der Mehrzweckhalle Worben vom 17. Mai 2008 .....	31

Exposé du Conseiller d'état Hans-Jürg Käser, directeur de la police et des affaires militaires du canton de Berne à l'occasion de l'assemblée générale à la halle polyvalente de Worben, le 17 mai 2008 .....	33
Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Burgergemeinden <a href="http://www.begem.ch/vbf">www.begem.ch/vbf</a>	35
Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); <a href="http://www.begem.ch/abf">www.begem.ch/abf</a> .....	36

# Impressum

Herausgeber	Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7 Telefon 031 328 86 07 Fax 031 328 86 09 vbbg@bgbern.ch
Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid
Geschäftsstelle	Andreas Kohli / Andreas Staudenmann
Redaktion	Andreas Staudenmann
Uebersetzungen	Martial Grosjean und TranScript GmbH, Bern

# Organe

<b>Präsidentin</b>	Vreni Jenni-Schmid, Kappelen
<b>Vizepräsident</b>	Ernst Schaad, Herzogenbuchsee
<b>Vorstand</b>	Markus Engemann, Gwatt-Thun Peter Flück, Brienz Marianne Glur-Schneider, Roggwil Franz v. Graffenried, Bern Andreas Grimm, Burgdorf Martial Grosjean, Péry Gino Guerne, Tavannes Max Hubschmid, Madiswil Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen Rolf Kramer, Magglingen Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen Hans Georg Nussbaum, Bern Herbert Seiler, Bönigen
<b>Geschäftsstelle</b>	Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen, Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7, vbbg@bgbern.ch www.svbk.ch (Kantonalverbände, Bern) <i>Geschäftsführer: <b>Andreas Kohli</b>, e-mail: andreas.kohli@bgbern.ch</i> <i>Sekretariat: <b>Andreas Staudenmann</b>, e-mail: andreas.staudenmann@bgbern.ch</i>
<b>Rechnungsführung</b>	Evelyne Banas, e-mail: evelyne.banas@bgbern.ch
<b>Kontrollstelle / Revisoren</b>	Patrick Kocher, Worben Markus Born, Niederbipp

# Die Präsidentin hat das Wort

**„Eine Tat ist ein in die Wirklichkeit umgesetztes Bekenntnis“.**

*Martin Kessel*



*Martin Kessel*

Liebe Leserin, lieber Leser

Heute kann der VBBG Ihnen bereits die 12. Auflage unseres Informations-Bulletins präsentieren.

Das Verbands-Organ soll einmal mehr – in deutscher und französischer Sprache – Rückblick und Ausblick für unsere Tätigkeiten beinhalten.

Das verflossene Verbandsjahr 2008 ist – im Vergleich zum Jubiläumsjahr von 2007 – eher ruhiger verlaufen.

Unsere diesjährige Hauptversammlung fand am 17. Mai 2008 im Seeländer Dorf Worben statt. Die dort ansässige Bürgergemeinde, mit OK-Präsident Fritz Nikles, hat uns allen mit einer perfekten Organisation einen eindrücklichen Festanlass vorbereitet.

Christoph Spichiger, Steffisburg, wurde für seine vierjährige Amtszeit als Revisor mit Dank verabschiedet. Neu Einsitz in dieses Amt nimmt: Patrick Kocher aus Worben.

Als Festreferent konnten wir Regierungsrat Hansjörg Käser, Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern begrüßen. In seinem Referat „Die Neuordnung des Bernischen Zivilstandswesens unter Berücksichtigung der Vorgaben“ konnten wir aus erster Hand vernehmen, dass weitere Veränderungen bevorstehen.

Den Inhalt des erwähnten Referats finden Sie in ungekürzter Form in dieser Ausgabe in deutscher und französischer Sprache publiziert.

Erneut hat unser Verband auch in diesem Jahr zu etlichen Vernehmlassungen auf Kantonsebene Stellung bezogen und die Vorschriften über die Harmonisierung der amtlichen Register konnte – dank unserem Vorstandsmitglied, Markus Engemann aus Thun – zu einem guten Abschluss für die Bürgergemeinden gebracht werden.

Nebst den ordentlichen Sachgeschäften hat sich eine interne und eine externe Arbeitsgruppe erneut mit der Revision des Erwachsenenschutz- und Kindesrechts nach ZGB – in Zusammenarbeit mit dem Kanton (JGK) – intensiv auseinander ge-

setzt. Unsere Vertreter werden in dieser Kommission die Anliegen der Burgergemeinden vertreten, mit dem Ziel, dass das Vormundschafts- und Fürsorgewesen in den 6 Burgergemeinden: Aarberg, Bern (inkl. Zünfte und Gesellschaften), Biel, Bözingen, Burgdorf und Thun, für ihre Angehörige auch inskünftig wahr genommen werden kann.

Unser Verbands-Mitglied, die „Association des bourgeois du Jura bernois“ mit ihren 19 Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen, konnte in diesem Jahr ihr 30-Jahr-Jubiläum in La Neuveveille begehen. Eine Vorstands-Delegation hat die Festtagsgrüsse und Glückwünsche zu diesem Anlass überbracht.

Ebenso auf reges Interesse gestossen sind die Themen der diesjährigen Regionalkonferenzen.

Dem Wunsch der Versammlungs-Teilnehmer, man möge doch speziell die Informationen zum neu revidierten Strassengesetz auch schriftlich festhalten, sind wir gerne nachgekommen. Sie finden in dieser Ausgabe die wichtigsten, gesetzlichen Vorgaben, welche die Burgergemeinden unbedingt beachten sollten.

Wir werden uns auch im kommenden Jahr erneut mit solchen Informations-Abenden und entsprechend aktuellen Themen an Sie wenden.

Ferner ist auf Frühjahr 2009 ein Weiterbildungs-Angebot für Behörde-Mitglieder und Funktionäre von Burgergemeinden seitens unseres Verbandes geplant.

Neu in unserem Informations-Blatt haben wir das Kapitel „Ehrungen“ von langjährigen Funktionären in Burgergemeinden aufgenommen. Das bedingt

jedoch, dass wir jeweils rechtzeitig die Mitteilung der zu Ehrenden mit bestimmten Angaben erhalten, damit diese auch richtig publiziert werden können.

Auch dieses Jahr durften wir uns auf eine gute Zusammenarbeit abstützen mit:

- dem Schweizerischen Verband (SVBK) sowie den Kantonalverbänden
- den Bernischen Waldbesitzern
- dem Verband bernischer Gemeinden

Ein starker Verband kann jedoch nur dann gute Arbeit leisten, wenn Mitglieder und ebenbürtige Partner sich für gemeinsame Interessen einsetzen und diese solidarisch vertreten.

In wenigen Tagen wird sich das Jahr 2008 von uns verabschieden. Ich danke an dieser Stelle allen, die uns begleitet und unsere Arbeit unterstützt haben.

Nach dem Zitat:

**„Über Vergangenes mach dir keine Sorgen, dem Kommenden wende dich zu!“**

*Römische Weisheit*

wünsche ich allen frohe Festtage, viel Erfolg und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre Präsidentin

Vreni Jenni-Schmid

Kappelen, im Dezember 2008



# Informationen der Geschäftsstelle

## Hauptversammlung im Mai 2008 in der Mehrzweckhalle Worben

Die 61. Hauptversammlung wurde am 17. Mai in der Mehrzweckhalle in Worben durchgeführt. Rund 210 Delegierte und 45 Gästen lauschten dem musikalischen Auftakt der Alphornbläser Seeland, bevor die Präsidentin Vreni Jenni-Schmid die Sitzung mit folgendem Zitat des amtierenden Landeshauptmanns von Oberösterreich eröffnete:

**„Wer seine Geschichte nicht kennt, hat auch keine Zukunft“**

Daraufhin begrüßte Bürgerpräsident Fritz Nikles die Versammlungsteilnehmer und gab seiner Freude Ausdruck, dass Worben als kleine Bürgergemeinde diese Hauptversammlung durchführen darf.



Bürgerpräsident Fritz Nikles Foto: Patrick Kocher, Worben

Es folgte eine Kurzvorstellung der Bürgergemeinde Worben. Im Anschluss überbrachte Gemeindepräsident Hans Sigrist die Grüsse der Einwohnergemeinde.

Sämtliche Traktanden der Hauptversammlung wurden einstimmig im Sinne des Vorstandes entschieden. Als Nachfolger des wegen Ablaufs der Amtszeit zurücktretenden Revisors Christoph Spichiger, Thun wurde der von der Bürgergemeinde Worben vorgeschlagene Patrick Kocher gewählt. Unter dem Traktandum Verschiedenes informierte Andreas Kohli zum Thema Infostar, Markus Engemann zum Harmonisierungsgesetz und Hans Georg Nussbaum zur Revision des Vormundschaftsrechts.

Anschliessend überbrachte Hansjörg Werder die Grüsse des Schweizerischen Verbandes und Re-

gierungsrat Hans-Jürg Käser diejenigen der Berner Regierung. Er zitierte folgendes chinesisches Sprichwort:

**„Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die andern Windmühlen“**

Er selbst zählte sich zur zweiten Sorte und habe keine Angst, dass die Bürgergemeinden verschwinden werden. Das anschliessende Referat „Die Neuordnung des Bernischen Zivilstandswesens unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundes im Bereich der biometrischen Ausweissstellung“ ist auf den Seiten 31 - 34 publiziert.

Nach dem offiziellen Teil folgte der gemütliche. Er begann mit einem Apéro, serviert durch die Trachtengruppe Worben und musikalisch umrahmt von der Kapelle Lötcher, Marbach. Im Laufe des anschliessenden Mittagessens, das durch den Damenturnverein Worben serviert wurde, folgten Auftritte der Trachtengruppe Worben zu Klängen der Kapelle Lötcher, der Musikgesellschaft Worben sowie als Überraschung, des Unterhalters „Oppliger Rüedu“.



Trachtengruppe Worben Foto Patrick Kocher, Worben

Nach dem Dessert konnten die Gäste an fakultativen Besichtigungen des Heimatmuseums Worben oder der Seeländischen Wasserversorgung teilnehmen.

An dieser Stelle sei der Bürgergemeinde Worben für den vorzüglichen Einsatz und die gute Organisation der Hauptversammlung 2008 der beste Dank ausgesprochen

## Regionalversammlungen im November 2008

Die diesjährigen Regionalversammlungen wurden wiederum in Thun, Münchenbuchsee und Tavannes durchgeführt.

Fürsprecher Kurt Baumgartner, Bern referierte zum Thema „Baurechtsfragen (Baurechte nach ZGB)“, Adrian Lukas Meier, dipl. Forsting. ETH/SIA sprach über „Wald und Klimawandel“ und Franz Weibel, Forstmeister der Burgergemeinde Bern informierte zur neuen Strassengesetzgebung.

In Tavannes referierten Marc Woodtli, Notar, Biel zum Thema „Droit de superficie“ und Renaud Baumgartner, Ingenieur forsière, Tavannes über „Forêt et changement de clima“ et le „loi des routes“.

Anzahl Teilnehmer:

Thun	81 Delegierte aus 37 Burgergemeinden
Münchenbuchsee	149 Delegierte aus 56 Burgergemeinden
Tavannes	29 délégués de 15 communes bourgeoises

## Assemblées régionales d'information 2008

Les assemblées régionales d'information de cette année se sont à nouveau déroulées à Thoun, Münchenbuchsee et Tavannes.

Monsieur Kurt Baumgartner, avocat à Berne nous a informé sur le thème „Questions sur le droit de superficie (Droits de superficie selon ZGB)“, Monsieur Adrian Lukas Meier, ingénieur forestier diplômé ETH/SIA a parlé de la „Forêt et du changement de climat“ et Monsieur Franz Weibel, Maître forestier de la Commune bourgeoise de Berne nous a informé sur la nouvelle législation en matière de routes.

A Tavannes, ce sont Monsieur Marc Woodtli, notaire à Bienne qui nous a présenté le thème sur le „Droit de superficie“ et Monsieur Renaud Baumgartner, ingénieur forestier à Tavannes a présenté la „Forêt et le changement de climat“ ainsi que la nouvelle „loi sur les routes“.

Nombre de participants:

Thoune	81 délégués de 37 Communes bourgeoises
Münchenbuchsee	149 délégués de 56 Communes bourgeoises
Tavannes	29 délégués de 15 Communes bourgeoises

## Vorstandssitzungen 2008

Im laufenden Jahr fanden wiederum vier Vorstandssitzungen statt. Die beinahe lückenlose Präsenz aller Vorstandsmitglieder an den Sitzungen dokumentiert ein grosses Interesse an der Verbandstätigkeit und im weitesten Sinne an der Existenz der bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen.

Der Vorstand setzte sich unter anderem mit 15 Vernehmlassungen auseinander. Zu folgenden Gesetzen und Verordnungen wurden Stellungnahmen ausgearbeitet (siehe Seiten 25 - 29)

- Gesetz über die Archivierung (ArG)
- Gesetz über die politischen Rechte, Stimmrechtsalter 16
- Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (E-Voting)
- Strassenverordnung

Des Weiteren befasste sich eine interne Arbeitsgruppe „Erwachsenen und Kinderschutzbehörde“ zusammengesetzt aus Vertretern der Burgergemeinden Aarberg, Bern, Biel, Bözingen, Burgdorf und Thun unter der Leitung von Präsidentin Vreni Jenni-Schmid mit der Revision des Vormundschaftsrechts. Zusätzlich fungierte

eine externe Arbeitsgruppe mit Vreni Jenni-Schmid, Hans Georg Nussbaum und Theres Stämpfli als Schnittstelle zur Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Für die ständige, sehr wertvolle Beratung zu fast allen Vernehmlassungen sei unserem Vorstandsmitglied, Hans Georg Nussbaum, bestens gedankt!



Die Mitglieder der Vorstandes des VBBG anlässlich der Vorstandssitzung vom August 2008 in Romont (BE). v.l. Jean-Daniel Benoit (Président de la commune bourgeoise de Romont), Andreas Grimm, Hans Georg Nussbaum, Andreas Kohli (Geschäftsführer VBBG), Anita Luginbühl, Marianne Glur-Schneider, Andreas Staudenmann (Geschäftsstelle), Gino Guerne, Vreni Jenni-Schmid (Präsidentin VBBG), Max Hubschmid, Franz von Graffenried, Hans Ulrich Kaiser, Ernst Schaad (Vizepräsident VBBG), Marcel Benoit (Vice président de la commune bourgeoise de Romont, Martial Grosjean.

## Séances du comité 2008

Pendant l'année écoulée, le comité s'est réuni à nouveau à l'occasion de 4 séances. L'assiduité de tous les membres du comité aux séances prouve le grand intérêt qu'ils ont envers les diverses activités de notre Association et de ce fait à l'existence des Communes et corporations bourgeoises bernoises.

Le comité s'est occupé de pas moins de 15 procédures de consultation. Il a pris position entre autres sur les lois et ordonnances (voir pages 25 - 29)

- Loi sur l'archivage (LArch)
- Loi sur des droits politiques (LDP) , Droit de vote à 16 ans
- Révision partielle sur les droits politiques (E-Voting)
- Ordonnance sur les routes

De plus, un groupe de travail interne s'est constitué avec des représentants des Communes bourgeoises d'Aarberg, Berne, Biel/Bienne, Boujean, Berthoud et Thoune sous la direction de notre Présidente Madame Vreni Jenni-Schmid avec pour but de prendre position sur la révision du droit tutélaire, principalement en matière de "Protection des enfants et des adultes". De plus, un groupe de travail externe composé de Vreni

Jenni-Schmid, Hans Georg Nussbaum et Theres Stämpfli a fonctionné comme relais avec la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques.

Nous remercions tout spécialement notre membre du comité Hans-Georg Nussbaum pour les très précieux conseils qu'il nous apporte lors de presque toutes les procédures de consultation.

## **Neuer Revisor**



Patrick Kocher, Marketing Manager bei der Swisscom wurde von den Delegierten als Nachfolger von Christoph Spichiger zum Revisor für die Amtsdauer 2008 – 2012 gewählt. Er ist Vizepräsident der Burgergemeinde Worben und widmet sich in seiner Freizeit gerne sportlichen Aktivitäten. Laufen, Rennvelo- und Ski fahren aber auch Fliegen sind seine bevorzugten Sportarten. Daneben arbeitet er gerne im Garten oder beschäftigt sich mit Umbauarbeiten an seinem Haus.

## **Mitglieder**

Die Waldkirchenfeld-Korporation Niederbipp hat sich aufgelöst und das Bürgerliche Nutzungsgut Kiesen ist aus dem Verband ausgetreten. Neu aufgenommen wurde die Burgergemeinde Saxeten.

## **Membres**

La corporation "Waldkirchenfeld" de Niederbipp s'est dissoute et la "Bürgerliche Nutzungsgut de Kiesen" a quitté notre association. La commune bourgeoise de Saxeten a adhéré à notre association.

## **Aufruf zur Mitteilung der Internetadresse**

Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen hat unter der Rubrik Kantonalverbände auf der Homepage des SVBK einen eigenen Internetauftritt. Die dem VBBG angeschlossenen Burgergemeinden haben die Möglichkeit, daselbst – mit einem Link – auf Ihre Burgergemeinde aufmerksam zu machen. Bisher haben 50 Burgergemeinden von diesem Angebot, das gratis ist, Gebrauch gemacht. Interessierte melden sich bei der Geschäftsstelle.

## **Appel à la communication de votre adresse Internet**

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises dispose d'un espace sur la fenêtre principale du site Internet de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations sous la rubrique „Associations cantonales / Kantonalverbände“. Les communes et corporations bourgeoises raccordées à Internet ont la possibilité d'ajouter leur "lien" gratuitement. Jusqu'à ce jour, ce sont pas moins de 50 membres de notre association qui ont profité gratuitement de cette offre. Les intéressés peuvent s'annoncer auprès du secrétariat.

## **Stellenangebote der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen kostenlos ins Internet stellen**

Mit einem Inserat auf der Plattform

<http://www.bgem.ch./de/stellen>

erreichen Sie die Zielgruppe direkt. Die Seite wird von Angestellten von Verwaltungen im Kanton Bern besucht.

Die Aufschaltung des Stellenangebots ist für Burgergemeinden und burgerliche Korporationen kostenlos. Interessenten melden sich bei:

René Lehmann  
Kirchbergstrasse 1  
3421 Lyssach  
Telefon: 031 322 73 80  
[info@bglyssach.ch](mailto:info@bglyssach.ch)

## **Arbeitsplatzbewertungen für Finanzverwalter der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen**

Der Verband bernischer Finanzverwalter VBF bietet diese Dienstleistung den Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen an.

Weitere Auskünfte erhalten sie vom Vorstandsmitglied des VBF

René Lehmann  
Kirchbergstrasse 1  
3421 Lyssach  
Telefon: 031 322 73 80  
[info@bglyssach.ch](mailto:info@bglyssach.ch)

## **Heraldik**

Für Fragen im Zusammenhang mit Familienwappen steht der Heraldiker der Burgergemeinde zur Verfügung. Seine Anschrift:

Berchtold Weber  
Ehrensensator  
Kirchenfeldstrasse 2  
3005 Bern  
Telefon: 031 351 52 76  
[berchtold.weber@bluewin.ch](mailto:berchtold.weber@bluewin.ch)

## **Heraldique**

Pour toutes les questions en rapport avec les armoiries des familles, l'héraldiste de la Commune bourgeoise de Berne se tient à votre disposition.

Son adresse:

Berchtold Weber  
Ehrensensator  
Kirchenfeldstrasse 2  
3005 Bern  
Telefon: 031 351 52 76  
[berchtold.weber@bluewin.ch](mailto:berchtold.weber@bluewin.ch)

## **Baurechtsfragen**

Für Beratungen und Fragen im Zusammenhang mit privaten Baurechten stehen die Referenten der diesjährigen Regionalversammlungen zur Verfügung. Es sind dies:

Kurt Baumgartner  
Fürsprecher  
Advokatur Prager und Dreifuss  
Schweizerhof-Passage 7  
3011 Bern  
Telefon: 031 327 54 54  
Fax: 031 327 54 99  
kurt.baumgartner@prager-dreifuss.com

Marc Woodtli  
Notar  
Spitalstrasse 12  
Postfach  
2501 Biel/Bienne  
Telefon: 032 328 60 80  
Fax: 032 328 60 88  
marc.woodtli@anielbienne.ch

## **Questions sur les droits de superficie**

Pour toutes les questions et les conseils en rapport avec les droits de constructions privés, les référents de nos assemblées régionales d'information se tiennent à votre disposition. Ce sont Messieurs:

Kurt Baumgartner  
Fürsprecher  
Advokatur Prager und Dreifuss  
Schweizerhof-Passage 7  
3011 Bern  
Telefon: 031 327 54 54  
Fax: 031 327 54 99  
kurt.baumgartner@prager-dreifuss.com

Marc Woodtli  
Notaire  
Rue de l'Hôpital 12  
Case postale  
2501 Biel/Bienne  
Telefon: 032 328 60 80  
Fax: 032 328 60 88  
marc.woodtli@anielbienne.ch

## **Muster-Gemeinwerkreglement**

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung ein Gemeinwerkreglement ausgearbeitet. Dieses kann bei der Geschäftsstelle bezogen werden.

## **Bestellung Drucksachen für Bürger-Rödel**

Die Bürger-Rödel können weiterhin bei der Staatskanzlei des Kantons Bern, Abteilung Drucksachen, Herr Soltermann, Telefon: 031 633 75 60, bestellt werden.

Und zwar: Bogen = 4 Seiten / am besten 100 Bogen ergibt somit 400 Seiten zu Fr. 1.90 Stk.  
Bestellung: Format 234 (alt 152.178)

Ebenso können hier die Register nachbestellt werden (also A, B, C.....) sowie die Titelseite dazu.

# Informationen aus den Regionen

## Association des bourgeoisies du Jura bernois

### Composition du comité pour 2008 - 2009

Président	Gino Guerne Grand-Rue 6 2710 Tavannes 032 481 17 93	Secrétaire/ caissier	Martial Grosjean 9, rue des Huit Journaux 2603 Péry 032 485 10 56
Vice-président	Jean-Philippe Gautier Les Verrennes 2607 Cortébert 032 489 30 46	Membres	Jean-Marc Henriksen Rière l'Eglise 8 2606 Corgémont 032 489 23 68
Membres	Béat Neukomm Rue de la Promenade 7 2732 Reconvilier 032 481 41 93		Sylvain Rossel Vue des Alpes 37 2515 Prêles 032 315 24 57
	Stève Garraux La Lignère 4 2735 Malleray 032 492 24 54		

### 30<sup>ème</sup> Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois

Les délégués et les invités se sont retrouvés le samedi 20 septembre 2008 à La Neuveville où s'est déroulée la 30<sup>ème</sup> Assemblée générale de l'ABJB. Les participants ont été accueillis dans le musée de



Salle de la bourgeoisie de La Neuveville

La Neuveville par les organisateurs qui leurs ont servi un café et un croissant. La merveilleuse salle de la Bourgeoisie a comblé toutes les personnes qui ont participé à cette assemblée générale. En début d'assemblée, le Maître Bourgeois de La Neuveville et Président d'organisation Monsieur François Marolf a présenté sa Bourgeoisie et en fin d'assemblée, les invités ont pris la parole, qui pour apporter les salutations de sa corporation, qui pour donner un avis sur des points d'actualité. Mme Vreni Jenni-Schmid, Présidente de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises a félicité notre Association pour ses 30 années d'existence et a remis au Président Gino Guerne un pain d'épices aux noisettes personnalisé, confectionné exprès pour l'occasion par le confiseur réputé d'Aarberg. Après avoir pris connaissance d'une présentation sur le Parc régional Chasseral, toutes les personnes se sont retrouvées à l'entrée du musée pour l'apéritif, offert par la Bourgeoisie de La Neuveville. La possibilité était donnée de visiter le musée. Tout le monde a ensuite rejoint la Cave de Berne où nous attendait l'orchestre „Spitzberg“ qui a agrémenté par sa musique un excellent plat bernois. Une excursion en bateau à l'Île de Saint Pierre, une petite marche, une collation au restaurant toujours accompagnée des „Spitzberg“, à nouveau une petite marche et le retour à La Neuveville en bateau ont laissé aux participants un merveilleux souvenir d'une très belle journée parfaitement organisée.

### **Burgergemeinde Epsach: Dienstjubiläum von Burgerschreiber Fritz Möri-Bracher**



Die Burgergemeinde Epsach dankt Fritz Möri-Bracher zum 20-jährigen Einsatz als Burgerschreiber. Engagiert, pflichtbewusst und mit

grosser Sachkompetenz setzt er sich für die Werte der Burgergemeinde ein. Seine grosse Leidenschaft gilt der Ahnenforschung. Wir wünschen dem Jubilar weiterhin Erfolg und gute Gesundheit.

Der Burgerrat

### **Burgergemeinde Grossaffoltern: Rücktritt von Sekretär/Kassier Willi Leiser**

Im Dezember 1988 wurde Willi Leiser von der Burgergemeinde Grossaffoltern als Kassier und Sekretär gewählt.



Zu dieser Zeit befand sich die Gesamtmelioration Grossaffoltern in der Schlussphase. Somit begann

seine Amtszeit bereits mit einem arbeitsintensiven Projekt. Schnell zeigte sich in Willi eine kompetente, sehr engagierte Persönlichkeit.

Mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells (NRM) auf EDV anfangs der neunziger Jahre, kam eine grosse Aufgabe und Herausforderung auf Willi zu. Er führte die Burgergemeinde Grossaffoltern gewissenhaft und kompetent ins EDV-Zeitalter.

Im Dezember 1999 verursachte der Sturm Lothar über 6000 Kubikmeter Sturmholz. Auch hier galt es unzählige Abrechnungen und Korrespondenzen zu erledigen! Dazu kam die Ausschreibung des Bürgerwaldes zur Verpachtung. Besichtigungen, Besprechungen und unzählige Sitzungen erforderten ebenfalls enormen Arbeitseinsatz von Willi.

Mit der Planung einer Holzschnitzelheizung in Grossaffoltern im Jahr 2005 und deren Bau bis zur Inbetriebnahme im Herbst 2008 konnte Willi seine



vorzüglichen Fähigkeiten im Bereich Finanzen und Sekretariat ausüben: Sicher ein Meilenstein für Willi und die Burgergemeinde.

Nun demissioniert Willi, nach 20 Jahren im Dienste der Burgergemeinde, auf Ende Jahr.

Der Burgerrat und die Burgergemeinde Grossaffoltern danken ihm von ganzem Herzen für seine geschätzte und gewissenhafte Arbeit zum Wohle dieser Institution.

Ein Dank auch für alle hier nicht erwähnten Arbeiten. Seiner Frau Rosmarie danken wir für die jahrelange Mithilfe und Unterstützung.

Die Burgergemeinde wünscht Willi und Rosmarie für die ruhiger werdende Zeit alles Gute und viel Befriedigung für kommende Aktivitäten.

Hans Moser, Präsident Burgerrat 1994-2006

### **Burgergemeinde Gündlischwand: Rücktritt von Burgerrat Andreas Boss**

Andreas Boss tritt zufolge Wegzug aus Gündlischwand per Ende 2008 aus dem Burgerrat zurück, dem er seit 1982 angehört hatte. Die Burgergemeinde Gündlischwand dankt ihm herzlich für seine langjährige Mitarbeit in der Exekutive

und wünscht ihm und seiner Frau alles Gute und noch viele schöne Kanadareisen.

Burgergemeinde Gündlischwand

### **Burgergemeinde Port: langjähriger Burgerschreiber Emil Kessi**



Emil Kessi, geboren am 28. Juli 1936, Bürger von Port.

Am 18.12. 1959 wurde er als 23 Jähriger zum damals noch bestehenden Posten als Weibel gewählt. (Heute Telefon und Internet).

Am 27. Januar 1965 wählte ihn die Burgerversammlung von Port zum neuen Burgerschreiber. Unser Burgerschreiber Emil Kessi ( Üse Miggu wie er liebevoll genannt wird) führt und verwaltet also Ende 2009 die Geschäfte der Burgergemeinde Port seit 45 Jahre!

Wir möchten ihm für seine Arbeit, seinen vorbildlichen Einsatz und die seriöse Arbeitsweise in Administration, Archiv- und Rodelführung und vielem mehr zum Wohle der Burgergemeinde den besten Dank aussprechen. Mit seinem Einsatz und Wissen hat er das Geschehen der Burgergemeinde Port während fast einem halben Jahrhundert mitgeprägt.

Bürgerpräsident Burgergemeinde Port

## Burgergemeinde Rumisberg: Rücktritt von Kassierin Margrit Ischi

Margrit Ischi-Brudermann wurde auf den 01. Januar 1974 als Kassierin der Burgergemeinde Rumisberg, als Nachfolgerin von Karl Anderegg-Müller (Schore Sämus Käru) gewählt. Margrit Ischi



erlebte in ihrer 35-jährigen Amtszeit die ganze Entwicklung des Rechnungswesen mit. In den ersten Jahren musste sie die Rechnungen noch von

Hand erstellen, dann folgte eine spezielle Rechenmaschine mit Aufsatz für Kontoblätter, bis hin zum heutigen NRM (Neues Rechnungsmodell) mit PC und spezieller Software. Parallel zu ihrem Amt als Kassierin der Burgergemeinde Rumisberg amtierte sie gleichzeitig als Kassierin des Schulverbandes Rumisberg – Wolfisberg – Farnern, wobei sie die gleiche Infrastruktur verwenden konnte. Die Burgergemeinde Rumisberg aus der „Abrächete des Kantons Bern“ wusste schon vor 35 Jahren was Zusammenarbeit heisst. Im Jahre 2008, mit dem Erreichen des Pensionsalters, entschloss sie sich das Amt einer jüngeren Person zu überlassen.

Burgerrat Rumisberg

## Burgergemeinde Steffisburg: Rücktritt von Bürgerpräsident Peter Spring

Eine Ära geht zu Ende: Nach 32 Jahren tritt Peter Spring von der Burgergemeinde-Bühne ab. Von 1977 bis Ende 2008 hat sich Peter Spring mit grossem Engagement und Herzblut für die Burgergemeinde Steffisburg eingesetzt: 13 Jahre als Burgerrat, 10 ½ Jahre als Vizepräsident und 8 ½ Jahre als Bürgerpräsident.

„*Se dévouer à une cause*“, zu Deutsch: „*Sich einer Sache ganz hingeben*“

Wenn ich diese französische Redewendung lese oder höre, so frage ich mich, ob ich Personen kenne, für die diese Redewendung zutrifft. Seit ich vor bald vier Jahren in den Burgerrat gewählt wurde, habe ich immer wieder ein Beispiel erleben dürfen, bei dem eine Person sich ganz einer Sache hingibt. Es handelt sich dabei um unseren scheidenden Präsidenten Peter Spring und „seine“ Burgergemeinde Steffisburg. Wenn jemand über drei Jahrzehnte einen wesentlichen Teil seiner Zeit für eine Sache zur Verfügung stellt, so ist dies vorerst einmal nicht selbstverständlich. Wenn man dieses Amt oder diese Aufgabe noch mit Hingabe und viel Herzblut erledigt, so darf man dies als



aussergewöhnlich bezeichnen. Machen wir kurz eine grobe Rechnung: 30 Jahre x 50 Wochen x 10 Stunden pro Woche ergibt die stolze Zahl von 15'000 Stunden. Bei einer 42 Stundenwoche ergäbe dies zirka 357 Wochen oder volle 7 Jahre Einsatz zugunsten einer guten Sache, unserer Burgergemeinde. Das ist wahrlich bemerkenswert und dafür gebührt Peter Spring unsere Hochachtung und unser Dank.

Die Liegenschaften waren so etwas wie das Hobby von Peter Spring. Hier konnte er sein grosses handwerkliches und unternehmerisches Wissen einbringen. Oft legte er bei Renovationen selber Hand an und sparte so der Burgergemeinde Tausende von Franken. Die Wälder durchstreifte er bei jedem Wetter und kennt sie wie seine eigene Hosentasche. Dass er einen schönen Teil seines forstlichen Wissens auch auf seine Grosssöhne

übertragen konnte, erfüllt ihn dabei mit berechtigtem Stolz. All sein Wirken hier kurz zu würdigen, ist schlicht nicht möglich und würde wohl ein stattliches Buch füllen.

Peter Spring hinterlässt uns eine Burgergemeinde, die stolz ihren Beitrag zum Wohle der Bevölkerung von Steffisburg leistet. Sie steht finanziell auf guten Füßen, besitzt schöne und gesunde Wälder und ist in vielen Bereichen ein geschätzter Partner.

Wir übernehmen von ihm ein gutes, stabiles Fundament und dürfen darauf weiterbauen. Peter, für Deine jahrelange und unermüdliche Hingabe zum Wohle der Burgergemeinde Steffisburg danken wir Dir ganz herzlich.

Christian Schlapbach, Burgerrat

# Allgemeine Informationen / Informations générales

## Vorschriften über die Harmonisierung der amtlichen Register

(Referat von Markus Engemann, Vorstandsmitglied des VBBG anlässlich der Hauptversammlung in Worben)

Gestützt auf das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Regiersterharmonisierungsgesetz, RHG) vom 23. Juni 2006 (SR 431.02) hat der Kanton Bern am 28. November 2006 das Gesetz über die Harmonisierung der amtlichen Register (Har G, BSG 152.05) erlassen.

Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen hat im Vernehmlassungsverfahren zum kantonalen Gesetz und seiner Ausführungsbestimmungen das Interesse der ihm angeschlossenen Körperschaften angemeldet.

Die Burgergemeinden und Körperschaften sind in der Verfassung des Kantons Bern in Art. 112 ff. umschrieben und als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt.

Die legitimen Interessen der Burgergemeinden, Daten über ihre Angehörigen aus einem zentralen Register in aktualisierter Form abzurufen, wurden anerkannt. Die Vorabklärungen haben ergeben, dass die entsprechenden Ausführungsbestimmungen in einer Verordnung zum kantonalen Harmonisierungsgesetz zu verankern sind. Die entsprechenden Bestimmungen haben in der Verordnung vom 12. März 2008 Eingang gefunden.

Wir danken namentlich den Herren Regierungsräten Gasche, Käser und Luginbühl sowie Herrn Grossrat Brand, welche unsere Anliegen massgeblich unterstützt haben.

Alle bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen haben die Aufgabe, die Bestandeskontrolle ihrer Angehörigen und das Stimmregister zu führen. Überdies haben die Burgergemeinden von Aarberg, Bern mit ihren Zünften und Gesellschaften, Biel, Bözingen, Burgdorf und Thun im Rahmen ihrer angestammten Tätigkeiten im Bereich von Vormundschaft/Erwachsenenschutz und Sozialhilfe Bedarf an weiteren Personendaten. Es darf festgehalten werden, dass diese Anliegen im vollen Umfang berücksichtigt wurden und die interessierenden Daten von den Burgergemeinden abgefragt werden dürfen.

Die Burgergemeinden ohne Tätigkeiten im Vormundschafts- und Sozialbereich, also die Meisten, haben das Recht, Daten aus der zentralen Personenverwaltung des Kantons abzurufen.

Das kantonale Amt für Informatik und Organisation (KIO) wird eine Web-Applikation vorbereiten, damit der Datenabruf über eine gesicherte Internet-Benutzer-Schnittstelle stattfinden kann. Das KIO wird unseren Verband darüber informieren, sobald es soweit ist.

Die Burgergemeinden mit Tätigkeiten im Vormundschafts- und Sozialbereich haben das Recht, Daten aus der GERES-Plattform (Gemeinderegister/Einwohnerkontrolle der Einwohnergemeinden) abzurufen.

Vorerst wird für diese Burgergemeinden ein Anschluss an das Weitbereichsnetz der bernischen Kantonsverwaltung (BEWAN) samt Zugangsberechtigung zu schaffen sein. Auch hier leistet das KIO die nötige Vorarbeit und wird unseren Verband informieren.

Laut der Verordnung zum Har G haben die Burgergemeinden ein Reglement zu erstellen, welches die Abfrage von Daten regelt. Das KIO wird unserem Verband je ein Musterreglement für Abfragen aus dem Zentralen Personenregister (ZPV) und aus der GERES-Plattform (GERES=Gemeinderegister) ausarbeiten. Dies erleichtert sowohl unseren burgerlichen Behörden als auch den kantonalen Stellen die Arbeit.

Ich danke den Mitarbeitenden der kantonalen Zentralverwaltung, namentlich im KIO, für die ausgesprochen angenehme und verständnisvolle Zusammenarbeit sehr.

Unser Verband wird alle Mitglieder im Info-Bulletin darüber informieren, sobald es soweit ist, und auch bekanntgeben, was zu tun sein wird, um die interessierenden Daten abzurufen.

Sollten Fragen sein, bitten wir Sie höflich, diese an das Sekretariat unseres Verbandes zu richten, von dort aus werden sie weiter bearbeitet.

Markus Engemann, Vorstandsmitglied

## Directives sur l'harmonisation des registres officiels

Exposé de M. Markus Engemann, membre du comité de l'ABCB à l'occasion de l'Assemblée générale à Worben : Se référant à la Loi fédérale sur l'harmonisation des registres des habitants et d'autres registres officiels de personnes (loi fédérale sur l'harmonisation des registres, LHR) / (RS 431.02) du 23 juin 2006, le canton de Berne a promulgué la Loi sur l'harmonisation des registres officiels (LReg 152.05) du 28 novembre 2006.

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises est intervenue dans la procédure de consultation de la loi cantonale et de ses dispositions d'applications afin d'y inclure les intérêts de ses corporations.

Les communes bourgeoises et leurs corporations sont reconnues dans la constitution du canton de Berne à l'art. 112 et suivants comme corporations de droit public.

Les intérêts légitimes des communes bourgeoises qui ont le droit de recevoir les données sur ses bourgeois provenant du registre centralisé sous forme actualisée ont été reconnus. Les éclaircissements préalables ont démontrés que les dispositions d'applications doivent être contenues dans une ordonnance relative à la loi cantonale sur l'harmonisation. Les dites dispositions ont fait leur entrée dans l'ordonnance en date du 12 mars 2008.

Nous remercions spécialement Messieurs les Conseillers d'Etat Gasche, Käser et Luginbühl ainsi que Monsieur le député au Grand Conseil Brand qui ont soutenu nos revendications de toute leur autorité.

Toutes les Communes et corporations bourgeoises bernoises ont le devoir de tenir le contrôle de l'état de ses bourgeois ainsi que du registre des électeurs. De plus, les communes bourgeoises d'Aarberg, de Berne avec ses corporations et ses sociétés, de Bienne, de Boujean, de Berthoud et de Thoune ont d'autres besoins comme données personnelles dans le cadre de leurs activités dans les domaines de la tutelle/protection parentale et de l'aide sociale. Nous osons retenir que ces requêtes seront entièrement prises en considération et que les données qui nous intéressent oseront être demandées par les communes bourgeoises.

Les communes bourgeoises qui n'ont pas d'activités de tutelle ni d'assistance bourgeoise, de ce fait une majorité, ont le droit d'avoir accès aux données provenant de l'administration centrale des personnes du canton de Berne.

L'Office d'informatique et d'organisation du canton de Berne (OIO) va préparer une application sur Internet afin que les demandes de données puissent être faites sur un site internet sécurisé. L'OIO informera notre association dès que ce sera possible.

Les Communes bourgeoises qui ont des activités dans le domaine des tutelles et d'aides sociales ont le droit de demander les données sur la plate-forme GERES (Registre communal du contrôle des habitants des communes municipales).

Tout d'abord, ces Communes bourgeoises auront un droit de raccord au réseau général de l'Administration cantonale bernoise (BEWAN). Ici également l'OIO préparera le terrain en vue de pouvoir y accéder et en informera notre Association.

Selon l'Ordonnance sur l'harmonisation, les de bourgeoisies devront adopter un règlement qui délimitera les demandes de données. L'OIO préparera à l'attention de notre association un règlement-type pour les demandes selon le GCP et selon la plate-forme GERES. Cela facilitera le travail des autorités bourgeoises ainsi que celui du personnel cantonal.

Je remercie les collaborateurs de l'Administration centrale cantonale, en particulier ceux de l'OIO pour la grande compréhension qu'ils ont montré ainsi que de l'agréable coopération.

Notre Association informera tous les membres par le biais de l'Info-bulletin dès que nous en saurons plus et donnerons connaissance de ce qu'il y aura lieu de faire pour obtenir les données qui nous intéressent.

Dans le cas où il y aurait des questions, nous vous prions les adresser poliment au secrétariat de notre association d'où elle seront traitées.

Markus Engemann, membre du comité

## Neues Strassengesetz im Kanton Bern – Auswirkungen für die Waldeigentümer

Ab 1. Januar 2009 wird das vom Grossen Rat des Kantons Bern in der Juni-Session verabschiedete Strassengesetz (SG) in Kraft treten. Von besonderer Bedeutung für die Waldeigentümer ist der Art. 73. Dieser hält fest, dass entlang von Kantonsstrassen der Kanton für die vorsorgliche Waldpflege zum unmittelbaren Schutze der Strasse und für das Freihalten des Lichtraumprofils verantwortlich ist. Entlang von Gemeindestrassen kann diese Pflicht dagegen dem angrenzenden Waldeigentümer überbunden werden. Die dazu gehörende Verordnung wurde vom Regierungsrat ebenfalls bereits beschlossen. Hier ist der Artikel 57, Absatz 1 von Bedeutung.

Der Artikel 73 im neuen SG lautet wie folgt:

*<sup>1</sup> Die Anstösserinnen und Anstösser dürfen die öffentlichen Strassen weder durch Bauten, Anlagen, Pflanzen, Bäume noch durch sonstige Vorkehren beeinträchtigen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Waldgesetzes über vorsorgliche Massnahmen gegen Lawinen, Rutschungen, Erosion, Eis- und Steinschlag sowie die spezialgesetzlichen Bestimmungen über die Offenhaltung von Verkehrswegen bei Katastrophen und Notlagen.*

*<sup>2</sup> Auf Kantonsstrassen ist die zuständige Stelle der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) für die vorsorgliche Waldpflege zum unmittelbaren Schutze der Strasse und für das Freihalten des Lichtraumprofils verantwortlich.*

Der Artikel 57, Absatz 1 der neuen Verordnung lautet wie folgt:

*<sup>1</sup> Für hochstämmige Bäume und für Wald gelten folgende, ab Mitte der Pflanzstelle gemessenen Strassenabstände:*

- a entlang von Strassen im Siedlungsgebiet 3 Meter ab Fahrbahnrand bzw. 1.5 Meter ab Gehweghinterkante,*
- b entlang von Kantonsstrassen ausserorts 5 Meter ab Fahrbahnrand,*
- c entlang von Gemeindestrassen und Privatstrassen im Gemeingebrauch ausserorts 4 Meter ab Fahrbahnrand,*
- d bei selbständigen Radwegen ausserorts 3 Meter ab Wegrand.*

Auswirkungen:

Grundsätzlich ist der Strassenbetreiber für die Sicherheit auf seiner Strasse verantwortlich. Damit ist er verpflichtet, dafür zu sorgen, dass strassengefährdende Zustände bereinigt werden: Lichtraumprofil freischneiden, gefährliche Bäume und Sträucher sichern, dürrästen oder entfernen.

Das neue SG lässt nun zwei unterschiedliche Lösungen zu:

- a Entlang von Kantonsstrassen ist die zuständige Stelle der BVE nicht nur für das Erkennen von Gefährdungen zuständig, sondern auch gleich für deren Behebung. Damit trägt die mit den Massnahmen verbundenen Kosten der Kanton.*
- b Entlang von Gemeindestrassen kann die Gemeinde die betreffenden Waldeigentümer auffordern, die festgestellten Gefährdungen zu beheben. Die Kosten gehen zulasten der Waldeigentümer.*

Die Gemeinde kann also die Waldeigentümer auffordern, Gefährdungen innert angemessener Frist auf eigene Kosten zu beseitigen. Kommen die Waldeigentümer den Aufforderungen nicht nach, kann die Gemeinde die nötigen Massnahmen selber veranlassen und den Waldeigentümern die Kosten überbinden. Im Schadenfall kann die Haftung auf den Waldeigentümer fallen, wenn er wissentlich vorhandene Gefährdungen nicht beseitigt hat.

Offen ist, ob und wie die bernischen Gemeinden den Art. 73 SG umsetzen werden. Fest steht jedoch, dass die Waldeigentümer mit Anstoss an eine Gemeindestrasse Mitverantwortung für die Sicherheit der Strassenbenützer tragen und dieser Verantwortung müssen sie sich konkret bewusst werden. Ebenfalls offen ist, ob die im Artikel 57 der Verordnung definierten Abstände im Wald auch dort durchgesetzt werden, wo alte Waldbestände näher am Strassenrand stocken.

Empfehlung an die Waldeigentümer:

Stellt der Waldeigentümer eine Gefährdungen i.S. Art. 73 SG in seinem Wald im Bereich einer Kantonsstrasse fest, wird eine Information an das Tiefbauamt des Kantons oder an den zuständigen Revierförster

empfohlen. Die Behebung der Gefährdung ist dann Sache des Kantons, sofern der Waldeigentümer diese nicht selber auf eigene Kosten beheben will.

Entlang von Gemeindestrassen müssen aufgeforderte Waldeigentümer bei festgestellten Gefährdungen die für sie passenden Massnahmen in Absprache mit dem zuständigen Revierförster selber festlegen und umsetzen.

Das Aufschneiden des Strassenraumprofils erfordert meistens spezielle Geräte, es ist zudem mit erheblichen Kosten verbunden, ebenso die u.U. damit verbundenen Verkehrssicherungsmassnahmen. Vor Inangriffnahme der Arbeiten empfiehlt sich in der Regel ein Gespräch mit der zuständigen Stelle in der Gemeinde. Eine Aufgabenteilung zwischen Gemeinde (z.B. Verkehrsregelung) und Waldeigentümer dürfte manchenorts sinnvoll und möglich sein.

Sollte die gesamte Last (Ausführung und Finanzierung) dem Waldeigentümer verbleiben, kann auch eine Entfernung der Bestockung entlang der Strasse auf einer im Einzelfall zu definierenden Breite sinnvoll und zweckmässig sein. Für den Waldeigentümer entscheidend sind in einem solchen Fall wohl die Faktoren „Gefährdung“, „persönliche Interessen“ und „Kosten“.

Sowohl Kanton, Gemeinden und Waldeigentümer stehen vor einer neuen Situation. Gespräche sind nötig und hier sollten die Waldeigentümer ihre Verhandlungsgeschicke und Möglichkeiten ausschöpfen. Eine Klärung der Situation über eine sauber definierte Regelung der Zusammenarbeit dürfte auch bei den Gemeinden auf Interesse stossen, so dass nicht jeder Fall wieder von Neuem verhandelt und durchgesetzt werden muss.

Franz Weibel, Forstmeister Burgergemeinde Bern

## **Nouvelle loi sur les routes dans le canton de Berne – Incidences sur les propriétaires de forêts**

La nouvelle loi sur les routes (LR) entrera en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier 2009. L'art 73 est d'une importance particulière pour les propriétaires de forêt. Celui-ci signifie que le long des routes cantonales, le canton est responsable d'entretenir les forêts tout en prévenant à la protection directe de la route en réservant un profil de secteur de lumière. En revanche, le long des routes communales, ce devoir peut être transféré au propriétaire de forêt limitrophe.

Dans sa séance de juin, le Grand Conseil du canton de Berne a adopté la nouvelle LR. Elle entrera en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier 2009. L'ordonnance (OR) relative à cette loi a également été approuvée par le Conseil exécutif.

L'art. 73 de la loi ainsi que l'art. 57 al. 1 de l'ordonnance contiennent des dispositions particulières pour les propriétaires de forêts.

L'art. 73 de la nouvelle LR se présente comme suit:

*<sup>1</sup> Les bordiers doivent s'abstenir d'entraver les routes publiques par des constructions, installations, plantes ou arbres, ou par toute autre mesure. Au surplus, les dispositions de la loi sur les forêts quant aux mesures de prévoyance contre les avalanches, les glissements de terrain, l'érosion, les chutes de pierres et de glace de même que les dispositions de la législation spéciale visant à garantir la viabilité des voies de transport en cas de catastrophes et dans les situations d'urgence sont applicables..*

*<sup>2</sup> En ce qui concerne les routes cantonales, le service compétent de la Direction des Travaux publics, des Transports et de l'Energie (TTE) assure l'entretien des routes à titre préventif pour la protection directe de la route et garantit le profil d'espace libre.*

L'art. 57 al. 1 de la nouvelle OR se présente comme suit:

*<sup>1</sup> Pour les arbres à haute tige et les forêts, il faut respecter les distances à la route suivantes, calculées à partir du centre du pied de la plante::*

- e 3 m du bord de la chaussée ou 1,5 m du bord extérieur du trottoir le long des routes situées dans une zone d'habitation,*
- f 5 m du bord de la chaussée le long des routes cantonales en dehors des zones d'habitation,*

- g 4 m du bord de la chaussée le long des routes communales et des routes privées affectées à l'usage commun en dehors des zones d'habitation,*
- h 3 m du bord de la piste pour les pistes cyclables autonomes placées en dehors des zones d'habitation.*

Conséquences:

L'exploitant de la route est en principe responsable de la sécurité sur sa route. De cette façon, il est obligé à veiller à ce que toutes les circonstances de dangers pour les routes soient réglées. Un profil de secteur de lumière doit être dégagé, les arbres dangereux, les buissons et les branches sèches doivent être sécurisés ou éliminés.

La nouvelle LR permet cependant les deux solutions suivantes:

- c Le long des routes cantonales, le service compétent de la TTE n'est pas seulement qualifié pour la reconnaissance des risques mais également pour y remédier. De cette façon, le canton supporte les frais liés à ces mesures. .
- d Le long des routes communales, la municipalité peut demander aux propriétaires de forêt de remédier aux risques constatés. Les frais vont à la charge des propriétaires de forêts.

La municipalité peut ainsi mettre les propriétaires de forêts en demeure d'éliminer les risques à leurs propres frais dans un délai approprié. Au cas où le propriétaire de forêt n'obtempérerait pas, la municipalité peut exécuter elle-même les mesures nécessaires et transmettre la facture au propriétaire de forêt. En cas de dommage, la responsabilité peut tomber sur le propriétaire de forêt si, en toute connaissance de cause, il n'a pas éliminé les risques existants.

Il est ouvert si et comment les communes bernoises vont-elles interpréter l'art. 73 LR ? Il est toutefois certain que les propriétaires de forêts riverains d'une route communale partageraient la responsabilité pour la sécurité envers les usagés de la route et ils devraient prendre concrètement conscience de cette responsabilité. Il est également ouvert si les distances de la forêt définies dans l'art 57 de l'ordonnance seront toutes appliquées ou si des anciens éléments forestiers resteront plus près du bord de la route.

Recommandation aux propriétaires de forêt:

Si le propriétaire de forêt constate qu'il existe des risques en rapport avec l'art. 73 LR, dans sa forêt dans une zone d'une route cantonale, une information sera envoyée au bureau de l'office des ponts et chaussées du canton de Berne ou au forestier de triage compétent. L'élimination de la menace concerne alors le canton pour autant que le propriétaire de forêt ne veuille pas éliminer celle-ci lui-même à ses propres frais.

Les propriétaires de forêts qui constatent des risques le long des routes communales sont invités à trouver eux-mêmes les mesures nécessaires à leur élimination en accord avec le forestier de triage compétent.

Le dégagement du profil de la route nécessite en principe des machines spéciales qui sont onéreuses, de même que les mesures de sécurisation du trafic qui en découlent. Une prise de contact avec le responsable au sein de la commune est recommandée avant la mise en oeuvre des travaux. Une répartition des tâches entre la municipalité (par ex. la régulation du trafic) et le propriétaire de forêt pourrait être tout à fait possible en maints endroits.

Si la prise en charge (mise en oeuvre et financement) doit incomber au propriétaire de forêt, la distance d'élagage peut également être définie selon le cas ainsi que la largeur qui elle aussi pourra être définie tout au long de la route. Si le propriétaire de forêt se trouve devant une telle situation, il s'agira pour lui de décider sur les facteurs de "risques", d'"intérêts personnels" et de "coûts".

Aussi bien le canton que les communes et les propriétaires de forêts sont confrontés à une nouvelle situation. Des entretiens sont nécessaires et il faudra ici que les propriétaires de forêts fassent usage de tous leurs dons de négociateurs. Une clarification de la situation sur un règlement de coopération bien défini pourrait aussi susciter un intérêt auprès des municipalités de sorte que chaque cas ne doive pas faire l'objet d'une nouvelle négociation ou encore d'être imposé.

Franz Weibel, Maître forestier, Commune bourgeoise de Berne



## **Infostar**

Kurz nach der letzten Hauptversammlung wurde unser Verband vom Geschäftsleiter des kantonalen Amtes für Migration und Personenstand zu einem Gespräch eingeladen. Es ging um die Behandlung der Gesuche betr. die Lieferung der Personendaten durch die zuständigen Zivilstandsämter. 117 Burgergemeinden und burgerliche Korporationen reichten ein entsprechendes Gesuch ein. Ca. 100 Gesuchen wurde entsprochen. Klar ist, dass Burgergemeinden und burgerliche Korporationen die kein Gesuch stellten, die auf Mitteilungen verzichteten oder die bisher nie Mitteilungen erhielten, weiterhin keine Meldungen erhalten werden. Die wenigen noch hängigen Spezialfälle werden demnächst abgeschlossen.

## **Infostar**

Peu de temps après la dernière assemblée générale, le directeur de l'Office cantonal de la population et des migrations a invité notre association à un entretien concernant le traitement des requêtes relatives aux livraisons des données personnelles par les Offices d'état civils compétents. 117 communes et corporations bourgeoises ont adressé une telle requête. 100 demandes environ ont été satisfaites. Il est évident que les communes et corporations bourgeoises qui n'ont pas envoyé une telle requête ont renoncé à recevoir ces informations ou ne les recevaient pas précédemment. Pour elles, il n'est donc pas possible de les recevoir à l'avenir. Les quelques cas particuliers encore en suspens seront réglés prochainement.

## **Gesetz über die Archivierung (ArG)**

Das Staatsarchiv des Kantons Bern lud zur Vernehmlassung zum Gesetz über die Archivierung ein. Der Vorstand des VBBG liess sich wie folgt vernehmen:

### Allgemeine Bemerkungen zum Gesetzesentwurf

Der Regierungsrat unterbreitet den Entwurf eines Archivgesetzes, welches die wichtigsten Grundsätze der Archivführung, die bis heute – für die Gemeinden – in Artikel 128 ff. der Gemeindeverordnung (GV) geregelt sind, auf Gesetzesstufe verankert.

Einer der wichtigsten Grundsätze, ist die Gleichstellung zwischen elektronischen Unterlagen und denjenigen auf Papier (Art. 7). Dieser Grundsatz ist ansatzmässig bereits in Artikel 131 Absatz 2 GV enthalten. Die Burgergemeinden verkennen die Bedeutung der Informatik keineswegs und wissen deren Nutzen auch zu schätzen.

Der Grundsatz der elektronischen Langzeitarchivierung bereitet indessen den Burgergemeinden Sorge, denn es ist davon auszugehen, dass sich dieser Grundsatz früher oder später auch auf die Gemeindegesetzgebung und somit auf die Burgergemeinden auswirken wird und dass daraus eine Verpflichtung abgeleitet werden könnte, das Archivmaterial in elektronischer Form aufbewahren zu müssen. Dadurch würden sich nach unserem Dafürhalten vor allem kleinere Gemeinwesen, und dazu gehören auch die Burgergemeinden, mittel- bis langfristig mit sehr grossen Schwierigkeiten in organisatorischer und finanzieller Hinsicht konfrontiert sehen, die allenfalls unverhältnismässig wären.

Für uns von zentraler Bedeutung ist deshalb, dass die Anforderung an die technische und organisatorische Archivführung dem jeweiligen Gemeinwesen und der Grösse dessen Archivs angepasst ist und bleibt. Wir erwarten deshalb vom Regierungsrat, dass er sich bei der Ausarbeitung der entsprechenden Verordnungsbestimmungen der Situation der Burgergemeinden bewusst ist.

### Bemerkungen zum Vortrag

Im Vortrag wird ausgeführt, das neue Gesetz habe keine Auswirkungen auf die Gemeinden und mit dem neuen Gesetz ändere sich für die Gemeinden nichts, da die Führung der Gemeinearchive weiterhin nach den Vorschriften der Gemeindegesetzgebung erfolgen soll.

Wir verweisen auf unsere allgemeinen Bemerkungen und beantragen, dass die Ausführungen durch eine Zusicherung relativiert werden, wonach eine elektronische Langzeitaufbewahrung für die Gemeinden fakultativ bleibt.

## **Loi sur l'archivage (LArch)**

Les Archives de l'Etat de Berne ont lancé une consultation relative à la Loi sur l'archivage. Le comité de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises s'est exprimé de la manière suivante :

Remarques générales sur le projet de loi

Le conseil exécutif soumet un projet de Loi sur l'archivage réunissant les bases légales de l'archivage qui étaient réglées jusqu'à présent pour les communes par les articles 128 ss. de l'Ordonnance sur les communes (OCo).

L'un des principes les plus importants précise l'assimilation des documents électroniques aux documents papier (art. 7). Ce principe est déjà évoqué à l'article 131 alinéa 2 OCo. Les communes bourgeoises ne sous-estiment aucunement l'importance de l'informatique et savent en apprécier les avantages.

Toutefois, elles s'inquiètent de ce principe d'archivage électronique sur la durée. En effet, on peut prévoir qu'il se répercutera à plus ou moins long terme sur les législations communales et donc sur les communes bourgeoises, et qu'il pourrait en résulter une obligation de conserver le matériel d'archives sous forme électronique. Il nous semble que cet impératif générerait plus ou moins rapidement de très importantes difficultés financières et d'organisation, qui pourraient même s'avérer disproportionnées pour les petites collectivités en particulier dont les communes bourgeoises font partie.

En conséquence, il est essentiel pour nous que les exigences techniques et structurelles en matière d'archivage soient et restent adaptées aux collectivités et au volume de leurs archives. Nous attendons donc du conseil exécutif qu'il prenne en compte la situation des communes bourgeoises lors de l'élaboration des dispositions correspondantes de l'ordonnance.

Remarques sur le rapport

Le rapport indique que la nouvelle loi n'aura pas de conséquences sur les communes et que rien ne changera pour elles dans la mesure où la tenue des archives communales continuera à s'effectuer conformément aux prescriptions de la législation communale.

Nous renvoyons à nos remarques générales et demandons que les explications soient relativisées par une assurance que la conservation électronique sur le long terme restera facultative pour les communes.

## **Stimmrechtsalter 16; Vernehmlassung**

Im Vernehmlassungsverfahren des Kantons Bern zum Stimmrechtsalter 16 äusserte sich der Vorstand des VBBG folgendermassen:

Der Regierungsrat stellt eine Änderung von Artikel 55 der Kantonsverfassung, der Artikel 4 und 7 des Gesetzes über die politischen Rechte sowie der Artikel 13 und 113 des Gemeindegesetzes zur Diskussion, wonach das aktive Stimmrecht in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten durch Personen ab dem 16. Altersjahr ausgeübt werden darf. Die Vorlage würde zwingend auch für die Bürgergemeinden und die burgerlichen Korporationen gelten. Der Regierungsrat erachtet den Vorschlag als eine sinnvolle Massnahme und als ein positives Zeichen an die Jugend.

Nachdem das früher geltende Stimmrechtsalter von 20 auf 18 Jahre gesenkt worden ist, welches mittelfristig auch das Mündigkeitsalter 18 mit sich brachte, soll neu das aktive Stimmrechtsalter wiederum gesenkt werden und zwar auf 16 Jahre. Die zeitweilig bestehende Diskrepanz zwischen politischer und zivilrechtlicher Mündigkeit soll indessen dadurch vermieden werden, indem das passive Stimmrechtsalter bei 18 Jahren bleiben soll.

Der VBBG hält dafür, dass es nicht angezeigt ist, das aktive Stimmrecht auf 16 Jahre zu senken. Auch wenn verschiedene Kantone und ausländische Staaten das Stimmrechtsalter 16 eingeführt haben, drängt sich auf-

grund der geistigen Entwicklung und Reife der jungen Menschen ein solcher Schritt nicht auf. Der Vorschlag ist deshalb abzulehnen.

## **Droit de vote à 16 ans ; consultation**

Dans le cadre de la procédure de consultation du canton de Berne sur le droit de vote à 16 ans, le comité de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises du canton de Berne s'est exprimé comme suit :

Le conseil exécutif lance le débat sur une modification de l'article 55 de la Constitution cantonale, des articles 4 et 7 de la Loi sur les droits politiques et des articles 13 et 113 de la Loi sur les communes selon lesquels le droit de vote actif peut être exercé à partir de 16 ans pour les affaires communales et cantonales. Le projet s'appliquerait obligatoirement pour les communes et les corporations bourgeoises. Le conseil exécutif considère qu'il s'agit d'une mesure judicieuse et d'un signal positif adressé aux jeunes.

Après le passage du droit de vote de 20 ans à 18 ans qui a entraîné la majorité à 18 ans, il s'agit de baisser encore l'âge de la capacité civique active à 16 ans. Pour éviter l'écart temporaire entre la majorité politique et civile, l'âge de la capacité civique passive resterait fixé à 18 ans.

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises considère qu'il n'est pas opportun d'abaisser l'âge de la capacité civique active à 16 ans. Même si divers cantons et pays étrangers ont introduit le droit de vote à 16 ans, une telle mesure ne s'impose pas compte tenu de l'évolution intellectuelle et de la maturité des jeunes. En conséquence, cette proposition doit être rejetée.

## **Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (E-Voting)**

Der Vorstand des VBBG nahm zur Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte betr. das E-Voting wie folgt Stellung:

Der VBBG begrüsst grundsätzlich die Einführung der gesetzlichen Möglichkeit, sich in Zukunft auf elektronischem Weg an Volksabstimmungen und Wahlen beteiligen zu können. Wenn man bereits heute die Steuererklärung elektronisch einreichen kann, weshalb sollte dies nicht auch für den Stimmzettel gelten? Der Einsatz des Internets in diesem Bereich erscheint deshalb dem VBBG sinnvoll.

Der VBBG gibt indessen Folgendes zu bedenken: In den Burgergemeinden wird das Stimmrecht in der Regel an der Burgerversammlung ausgeübt. Einzig die Burgergemeinde Bern kennt die Urnenabstimmungen und zwar werden diese an anderen Tagen durchgeführt als die eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen.

Die Änderung des Gemeindegesetzes (Art. 22a) bezieht sich auf die allgemeinen Bestimmungen und gilt somit auch für die Burgergemeinden. Es ist deshalb aus unserer Sicht zwingend, dass es bei der vorgesehenen Revision bei einer Kann-Vorschrift bleibt. Die entsprechende Haltung des Regierungsrates findet unsere volle Unterstützung. Die Gemeinden sollen selber entscheiden können, ob sie die Möglichkeit der elektronischen Stimmgabe auch für kommunale Angelegenheiten einführen wollen oder nicht. Sie dürfen dazu nicht gezwungen werden. Ein allfälliges Obligatorium des E-Voting auf kommunaler Ebene wäre klar abzulehnen.

## **Révision partielle de la Loi sur les droits politiques (vote électronique)**

Le comité de l'Association bernoise des communes et des corporations bourgeoises a pris position comme suit au sujet de la révision partielle de la Loi sur les droits politiques (vote électronique) :

L'Association bernoise des communes et des corporations bourgeoises salue en principe l'introduction d'une possibilité légale de participer, à l'avenir, aux votations et aux élections par voie électronique. Alors que l'on peut déjà, actuellement, déposer sa déclaration d'impôts sous forme électronique, pourquoi ne pas permettre

cette procédure pour les votes ? L'Association bernoise des communes et des corporations bourgeoises considère l'utilisation d'Internet dans ce domaine comme judicieuse.

Néanmoins, elle souhaite souligner ce qui suit : généralement, dans les communes bourgeoises, le droit de vote s'exerce lors des assemblées bourgeoises. Seule la commune bourgeoise de Berne recourt aux urnes, à d'autres dates que les votations et élections fédérales, cantonales et communales.

La modification de la Loi sur les communes (art. 22a) se réfère aux dispositions générales et s'applique donc aussi aux communes bourgeoises. Nous considérons donc comme impératif que la révision prévue reste une prescription facultative. Le comportement correspondant du conseil exécutif bénéficiera de notre entier soutien. Les communes doivent pouvoir décider elles-mêmes si elles souhaitent introduire la possibilité d'un vote électronique également pour les affaires communales. Elles ne doivent pas être contraintes de le faire. Une éventuelle obligation de vote électronique à l'échelon communal devrait être clairement refusée.

## **Strassenverordnung; Vernehmlassung zum Entwurf**

Betreffend die Vernehmlassung zur Strassenverordnung liess sich der Vorstand des VBBG von Franz Weibel, Forstmeister der Burgergemeinde Bern und Stefan Flückiger, Geschäftsführer der Berner Waldbesitzer beraten und äusserte sich daraufhin wie folgt:

In Kenntnis des vom Grossen Rat in seiner Juni-Session verabschiedeten Strassengesetzes (SG) nimmt der Verband Bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen zum Entwurf Strassenverordnung wie folgt Stellung:

Fuss- und Wanderwege (Art. 29 ff)

In den Artikeln 29 ff sind die Rahmenbedingungen für die Fuss- und Wanderwege definiert. Begrüsst wird insbesondere der Art. 34, der die Verantwortlichkeit klar regelt, indem diese den Gemeinden zugeordnet wird.

Frage:

Wie und wo werden die Rahmenbedingungen für Radwege (rote Wegweiser) definiert?

Öffentliche Strassen und benachbartes Grundeigentum (Art. 58 ff)

Art. 60, Abs. 1 definiert die Strassenabstände.

Fragen:

- Gelten diese Abstände auch für natürlich gewachsene Wälder (keine Pflanzungen)?
- Gelten diese Abstände auch für Gemeindestrassen?
- Ist sich die BVE bewusst, dass heute die Abstände entlang von Strassen durch die Wälder auf grossen Strecken nicht diesen Vorgaben entsprechen und die Einhaltung dieser Vorgabe entlang von Gemeindestrassen gem. dem neuen SG (Art. 73) Sache der Waldeigentümer wäre?
- Gilt Abs. 2 in Verbindung mit Art. 59, Abs. 2 ebenfalls für Wald? Sollte dies zutreffen, müsste entlang von Strassen das Randprofil mit einem 45°-Winkel erstellt werden, was erstens unverhältnismässig und zweitens in steilen Lagen gar nicht möglich wäre. Vor allem im letzten Fall würde eine solche Vorgabe in krassem Widerspruch zur Schutzwirkung des Waldes vor Naturgefahren stehen.

Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen bittet die BVE, die Fragen zu klären und die Regelungen so vorzusehen, dass den an Strassen gemäss SG anstossenden Waldeigentümern nicht noch mehr Lasten überbunden werden.

**Hinweis:** Die Artikel in der verabschiedeten Strassenverordnung stimmen zum Teil nicht mehr mit den oben erwähnten, im Rahmen der Vernehmlassung genannten überein.

## Ordonnance sur les routes (OR); Projet en procédure de consultation

Concernant la procédure de consultation sur l'Ordonnance sur les routes, le comité de l'ABCB s'est fait conseiller par MM. Franz Weibel, Maître forestier de la Commune bourgeoise de Berne et Stefan Flückiger, Gérant de l'Association bernoise des propriétaires de forêts et a pris position comme suit :

Après avoir pris connaissance de l'adoption de la Loi sur les routes (LR) par le Grand conseil dans sa session de juin, l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises prend position sur le projet de l'Ordonnance sur les routes en procédure de consultation de la façon suivante:

Chemins pour piétons et chemins de randonnées pédestres (art. 29 ss)

Dans les articles 29 ss, les conditions cadres sont définies pour les chemins pour piétons et les chemins de randonnées pédestres. Nous saluons plus spécialement l'art 34, qui règle clairement la responsabilité qui est attribuée à la municipalité.

Question:

Comment et où seront définies les conditions cadres pour les chemins pour cyclistes (marquage en rouge) ?

Routes publiques et propriétés foncières avoisinantes (art. 58 ss)

art. 60, al.. 1 définit les distances à la route.

Questions:

- Ces distances sont-elles également valables pour des forêts qui ont poussé naturellement (pas de plantations)?
- Ces distances sont-elles également valables pour les routes communales?
- La TTE est-elle consciente qu'aujourd'hui les distances ne correspondent pas à ces normes à travers les forêts sur de grandes distances le long des routes et que le respect de cette norme incomberait au propriétaire de forêt le long des routes communales conformément au nouvel article 73 de la LR. ?
- L'al 2 en relation avec l'art. 59 al 2 est-il également valable pour la forêt? S'il devait être appliqué, le profil périphérique le long des routes d'un angle de 45° devrait être appliqué, ce qui serait premièrement démesuré et deuxièmement impossible dans les situations en forte pente. Surtout dans le dernier cas, une telle norme serait en contradiction frappante envers les effets de protection de la forêt au cas où elle serait confrontée à des dangers naturels.

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises demande à la TTE de clarifier les questions et de prévoir les règles adéquates afin que les routes selon la LR ne fassent pas supporter encore plus de charges aux propriétaires de forêts.

## Wichtige Daten / Dates importantes

Datum/Date	Ort/Lieu	Anlass/Rencontre
09. Mai/mai 2009	Interlaken Kursaal	<b>Hauptversammlung</b> unseres Verbandes <b>Assemblée générale</b> de notre Association
19. septembre 2009	Villeret	<b>Assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois (ABJB)</b>
Herbst/automne 2009	Diverse	<b>Regionalversammlungen/Assemblées régionales d'information</b>
15. Mai/mai 2010	Sumiswald	<b>Hauptversammlung</b>
2011	Nidau	<b>Hauptversammlung</b>

05./06 Juni/juin 2009	Arbon	<b>Generalversammlung</b> des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen ( <b>SVBK</b> ) <b>Assemblée générale</b> de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations
2010	Berner Oberland	<b>Generalversammlung</b> des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen ( <b>SVBK</b> ) <b>Assemblée générale</b> de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations

## Dank und Ausblick

Der Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen kann wiederum auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Der Vorstand dankt den Mitgliedern für die Verbandstreue und wird auch im kommenden Jahr alles daran setzen, die Interessen der bernischen Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen weiterhin bestmöglich zu vertreten.

## Remerciements et perspectives

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises peut de nouveau porter un regard satisfaisant sur ses activités de l'année écoulée. Le conseil remercie aux membres qui ont fait preuve de fidélité à l'association et les assure qu'il fera tout son possible pour représenter au mieux leurs intérêts également dans les années à venir.

**Referat von Regierungsrat Hans-Jürg Käser**, Militär- und Polizeidirektor des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung in der Mehrzweckhalle Worben vom 17. Mai 2008

## **Die Neuordnung des Bernischen Zivilstandswesens unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundes im Bereich der biometrischen Ausweisausstellung**



Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt, um an dieser Hauptversammlung teilzunehmen und das Wort an Sie richten zu können.

Mit Interesse verfolge ich, wie landauf und landab engagiert über die Veränderungen im bernischen Zivilstands- sowie Ausweiswesen gesprochen wird. Natürlich beschäftigen uns nicht nur diese Veränderungen. Auch andere Bereiche sind nicht weniger stark betroffen. Manchmal gewinnt man als Bürgerin oder Bürger den Eindruck, alles werde geändert und nichts bleibe beim Alten.

Hand aufs Herz: das ist natürlich ein wenig so. Aber nicht nur der Kanton Bern befindet sich in einem Umbruch. Die ganze Schweiz muss sich dem Wandel stellen. Wenn wir uns nicht stetig anpassen, wenn wir nicht Strukturen ändern, wenn wir nicht die Verwaltung optimieren, wenn wir nicht die modernen Mittel der Kommunikationstechnik und der Datenverarbeitung nutzbar machen und wenn wir nicht nach kostensenkenden Arbeitsmethoden für den Staat im wohlverstandenen Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler suchen, dann werden wir unserer Aufgabe nicht gerecht.

Das gilt auch im Bereich von sinnvollen und realisierbaren Kooperationen bis hin zu Zusammenschlüssen unter Einwohnergemeinden und unter Burgergemeinden. Mir ist bewusst, dass solche Gedanken bei vielen Bürgerinnen und Bürgerinnen sowie Bürgern und Burgern unguete Gefühle wecken und Unsicherheiten auslösen. Anpassungen sind aber auch eine Chance. Im Interesse einer effizienten Verwaltungsführung im Bereich der Burgergemeinden oder burgerlichen Korporationen sind solche Kooperationen zu prüfen, zu diskutieren und wenn notwendig anzugehen. Vor allem dann, wenn die Einwohnergemeinde eine Fusion ins Auge fasst.

Seit meiner Wahl habe ich mich intensiv mit dem Projekt der Reorganisation des Zivilstands- und Ausweiswesens befasst. Jede Etappe aus nächster Nähe mitverfolgt, mit ganzer Kraft unterstützt und mitgeprägt. Der Wechsel von Schlüsselpersonen an der Spitze des Amtes für Migration und Personenstand (MIP) führte zu einer grundlegenden Analyse des Amtes im Rahmen des Projektes Dialogik. Das Ziel des Projektes Dialogik ist es, eine Strategie zu entwickeln, welche das MIP in die Lage versetzt, die zukünftigen Aufgaben erfolgreich zu meistern. Dazu gehören eine strategiekonforme, effektive und effiziente Organisation und eine Betriebskultur des Vertrauens. Im Projekt berücksichtigt werden auch die vom Bund vorgegebene, flächendeckende Einführung von Pässen mit biometrischen Merkmalen und deren organisatorischen Auswirkungen für den Pass- und Identitätskartendienst. Im Weiteren auch die Umsetzung des neuen Asyl- und Ausländergesetzes und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Migrationsdienst, sowie die bereits früher begon-

nene Reorganisation der bernischen Zivilstandsämter und deren Auswirkung auf den Zivilstands- und Bürgerrechtssdienst.

Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und ich bin stolz, dass der Kanton Bern in dieser Hinsicht eine Pionierleistung vollbringt.

Mit Entscheid vom 15. Januar 2008 hat der Regierungsrat beschlossen, die Anzahl der Zivilstandsämter auf wenige regionale Standorte zu reduzieren. Bereits früher hat der Bund entschieden, dass ab Spätherbst 2009 nur noch Schweizerpässe mit biometrischen Daten erstellt werden sollen. Diese sind nicht wie bisher bei der Wohnsitzgemeinde, sondern neu bei einem zur Aufnahme biometrischer Daten eingerichteten Ausweiszentrum zu beantragen. Das dafür nötige neue Antragsverfahren führt zu markanten Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Einwohnergemeinden sowie den Pass- und Identitätskartendienst. Neu werden damit regionale kantonale Ausweiszentren notwendig, bei denen die neuen Reisepässe beantragt werden können und die biometrischen Daten der gesuchstellenden Person erfasst werden.

Die Bundesratsvorlage zur Revision des Ausweiswesens wurde vom Ständerat bereits gutgeheissen. Nachdem der Nationalrat am 12. März 2008 die Ergänzung beschlossen hat, dass nicht-biometrische Identitätskarten weiterhin bei der Wohnsitzgemeinde beantragt werden können, ging das Geschäft zurück an den Ständerat. Es wird dort in der Sommersession neu behandelt. Nach dem definitiven Entscheid und einer allfälligen Ergänzung der Bundesratsvorlage, wird der Regierungsrat die Zuständigkeit der Identitätskarte neu prüfen. Auf den Regierungsratsentscheid vom 15. Januar 2008 zu der Anzahl und zu den Standorten der Zivilstandsämter und Ausweiszentren hat dies jedoch keinen Einfluss.

Ab dem 1. Januar 2010 wird es im Kanton Bern nur noch sieben Zivilstandskreise geben. Ihre Standorte sind in Courtelary, Biel, Langnau, Langenthal, Bern, Thun und Interlaken. An den kleineren Standorten, wie Courtelary, Langnau, Langenthal und Interlaken werden die Zivilstandsämter mit den kantonalen Ausweiszentren zusammengefasst. Somit werden auch die Burgergemeinden für die Datenbekanntgabe aus dem informatisierten Standesregister (Infostar) neue Ansprechstellen erhalten. Dies hat auf die Datenbekanntgabe jedoch keinen Einfluss. Die Mitteilungen, wie im letzten Jahr bewilligt, werden unverändert durch die neu gebildeten Zivilstandsämter an die Burgergemeinden zugestellt.

Ich bin fest überzeugt, dass die neu gebildeten Zivilstandsämter weiterhin sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gute Dienstleistungen gegenüber den Kunden und insbesondere gegenüber den Burgergemeinden erbringen werden. Die bevorstehende Reorganisation des Zivilstands- und Ausweiswesens gewährleistet eine weitere Professionalisierung der zivilstandsamtlichen Tätigkeiten. So wurde die Anzahl der möglichen Standorte durch die kritische Grösse für die Aufrechterhaltung eines kundenfreundlichen Betriebes nach Oben hin begrenzt. Dies kann nur mit Ämtern von mindestens 3 Personaleinheiten und kundenfreundlichen Öffnungszeiten gewährleistet werden. Dadurch können sowohl im Zivilstandswesen als auch im Pass- und Identitätskartenwesen grössere Belastungsschwankungen während dem Jahr ausgeglichen werden. Dabei wurde aber nicht ausser Acht gelassen, dass aus Kundensicht möglichst viele Standorte gewünscht werden. Diese haben sich aufgrund der Bevölkerungsdichte und Pendlerströme an jeweils möglichst zentral gelegenen Orten zu befinden. Gerade unter Berücksichtigung regionalpolitischer, betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Interessen erscheint das Sieben-Standorte-Modell vorteilhaft.

Wir sprechen bei der Reorganisation von einem neuen Meilenstein im Zivilstands- und Ausweiswesen. Meilensteine haben immer etwas mit Abschluss, aber auch mit Aufbruch zu tun. Und auch etwas mit Kampf und Überwindung. Auch etwas mit Wende und der Überzeugung, dass es weitergeht.

Der Kanton schätzt die Zusammenarbeit mit dem Verband und den Burgergemeinden sehr und weiss dessen Engagement zu schätzen. Die im letzten Jahr intensivierete und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Zivilstandsämtern sowie dem Verband und dessen Mitgliedern, also den bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen wird weitergeführt. Die Zivilstandsämter werden bemüht sein, den Bedürfnissen und Interessen der Burgergemeinden an Datenbekanntgaben aus dem informatisierten Standesregister (Infostar) gerecht zu werden. Den bezugsberechtigten Burgergemeinden werden inskünftig auf Wunsch von den jeweiligen Zivilstandsämtern mittels Listen Personenstandsdaten geliefert. Auf diesen Listen sind die personenstandsrelevanten Daten der in Infostar erfassten Bürgerinnen und Bürger ersichtlich. Solche Listen, welche vom Zivilstandsamt zu Händen der Burgergemeinden ausgedruckt werden, erbringen heutzutage noch nicht den umfassend gewünschten Nutzen. Erst nach Abschluss der systematischen Rückerfassung, d.h. erst dann wenn die ganze lebende Bevölkerung im informatisierten Standesregister (Infostar) erfasst ist, werden die Listen ihren vollen Nutzen erbringen.

Ich wünsche dem Verband, den bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen und Ihnen, die sich in den Gemeinden engagieren, alles Gute für die Zukunft und noch einen schönen und festlichen Tag.



**Exposé du Conseiller d'état Hans-Jürg Käser**, directeur de la police et des affaires militaires du canton de Berne à l'occasion de l'assemblée générale à la halle polyvalente de Worben, le 17 mai 2008

**Nouvelle réglementation du service de l'état civil bernois tenant compte des instructions de la Confédération en matière d'établissement de passeports biométriques.**



Madame la Présidente,  
Mesdames, Messieurs,

C'est avec plaisir que j'ai répondu à votre invitation à participer à cette assemblée générale et que je m'adresse à vous.

Je suis avec intérêt les débats passionnés qui se tiennent dans tout le pays sur les changements du service de l'état civil bernois et du service des documents d'identité. Naturellement, ces transformations ne sont pas nos seules préoccupations. D'autres domaines sont tout aussi concernés. Parfois, en tant que citoyen, on a l'impression que tout change, que rien ne reste acquis.

Honnêtement, c'est un peu le cas. Les choses bougent, et pas seulement dans le canton de Berne. Toute la Suisse doit évoluer. Si nous ne nous adaptons pas constamment, si nous ne faisons pas évoluer les structures et n'optimisons pas l'administration, si nous n'exploitons pas les moyens de communication et de traitement des données modernes et renonçons à rechercher des méthodes de travail plus économiques pour l'Etat, dans l'intérêt bien compris des contribuables, nous n'accomplissons pas notre mission.

Ceci s'applique aussi lorsqu'il s'agit de coopérations utiles et réalisables pouvant aller jusqu'à des fusions entre des communes d'habitants et des communes bourgeoises. Je suis conscient que de telles considérations inquiètent de nombreux citoyens et éveillent en eux des sentiments de défiance. Mais toute adaptation comporte une opportunité. Dans l'intérêt d'une gestion administrative efficiente pour les communes ou les corporations bourgeoises, il faut étudier de telles collaborations, en discuter et, si nécessaire, les aborder. Surtout lorsque la commune d'habitants envisage une fusion.

Depuis mon élection, je me suis intensément occupé du projet de réorganisation du service de l'état civil et du service des documents d'identité. J'en ai suivi de très près chaque étape. Je les ai soutenues et j'y ai participé. Le remplacement de personnes clés à la tête de l'Office de la population et des migrations (OPM) a généré une analyse fondamentale de l'Office dans le cadre du projet Dialogik. Le but du projet Dialogik est de développer une stratégie qui permettra à l'OPM de gérer de manière performante ses missions futures. En font partie une organisation conforme à la stratégie, effective et efficiente ainsi qu'une culture d'entreprise basée sur la confiance. Par ailleurs, le projet prend en compte l'introduction prescrite par la Confédération dans tout le pays de passeports comportant des critères biométriques ainsi que les effets qu'elle entraînera en termes d'organisation du service des documents d'identité. Pour le reste, il intègre aussi la mise en œuvre de la nouvelle loi sur l'asile et les étrangers et ses effets sur le service des migrations ainsi que la réorganisation déjà initiée précédemment des services bernois de l'état civil et ses effets sur le service de l'état civil et des naturalisations.

Je suis certain que nous sommes sur la bonne voie. Je suis fier que, dans ce domaine, le canton de Berne accomplisse un travail de pionnier.

Par décision du 15 janvier 2008, le Conseil exécutif a décidé de réduire le nombre d'offices de l'état civil à quelques sites régionaux. La Confédération avait déjà décidé précédemment qu'à la fin de l'automne 2009, seuls des passeports suisses comportant des données biométriques seraient encore émis. Ces documents devront être désormais demandés, non pas comme jusqu'à présent auprès de la commune du domicile, mais auprès d'un centre chargé réunir les données biométriques. La nouvelle procédure de demande nécessaire à cet effet est à l'origine de changements importants pour les citoyens, les communes d'habitants et le service des documents d'identité. Désormais, il faudra des centres cantonaux de documents d'identités auprès desquels on pourra demander les nouveaux passeports et qui saisiront les données biométriques des demandeurs.

Le projet de révision des services des documents d'identité du Conseil fédéral a déjà été approuvé par le Conseil des Etats. Après que le Conseil national a décidé, le 12 mars 2008, d'ajouter une mention précisant que les cartes d'identité non biométriques pourront encore être demandées auprès de la commune du domicile, l'affaire est retournée devant le Conseil des Etats. Elle sera traitée pendant la session d'été. Après décision définitive et un éventuel complément au projet du Conseil fédéral, le Conseil des Etats examinera à nouveau les compétences pour la carte d'identité. Cette procédure n'influence toutefois en aucune manière la décision du Conseil exécutif du 15 janvier 2008 sur le nombre et sur les sites des services de l'état civil et des centres des documents d'identité.

A partir du 1<sup>er</sup> janvier 2010, il n'y aura plus dans le canton de Berne que sept arrondissements de l'état civil. Ils seront situés à Courtelary, Bienne, Langnau, Langenthal, Berne, Thoune et Interlaken. Les petits sites comme Courtelary, Langnau, Langenthal et Interlaken réuniront les services de l'état civil et les centres cantonaux des documents d'identité. Les communes bourgeoises auront ainsi de nouveaux interlocuteurs pour la publication des données du registre d'état civil informatisé (Infostar). La publication n'en sera toutefois pas modifiée. Comme approuvé l'année dernière, les communications seront faites aux communes bourgeoises par les nouveaux services de l'état civil.

Je suis fermement convaincu que ces nouveaux services de l'état civil fourniront des services satisfaisants en termes de quantité et de qualité aux clients, mais en particulier aux communes bourgeoises. La réorganisation des services de l'état civil et des documents qui s'annonce assurera encore plus de professionnalisme pour les activités relatives à l'état civil. Ainsi, le nombre de sites possibles a-t-il été limité par la taille critique pour maintenir une exploitation conviviale. En effet, celle-ci ne peut être assurée que par des services comportant au moins trois personnes et assurant des horaires d'ouverture suffisants. Tant pour l'état civil que pour l'établissement des documents d'identité, ils pourront ainsi lisser sur l'année des fluctuations de travail importantes. Dans ce contexte, on a tenu compte également du fait que les clients souhaitent un maximum de sites qui doivent être situés dans des lieux les plus centraux possibles, prenant en compte la densité de la population et les flux de pendulaires. Le modèle des sept sites semble avantageux précisément en raison des besoins de la politique régionale, de l'économie et de l'organisation générale.

Nous considérons la réorganisation comme une nouvelle étape franchie pour les services de l'état civil et des documents d'identité. Les étapes impliquent toujours une fin, mais également un nouvel élan. Elles évoquent aussi la lutte et les efforts, les changements et la certitude que tout continuera.

Le canton apprécie la coopération avec l'association et les communes bourgeoises et est reconnaissant de l'engagement témoigné. La collaboration qui a été intensifiée et a porté ses fruits l'année dernière entre les services de l'état civil, l'association et ses membres, c'est-à-dire les communes bernoises et les corporations bourgeoises sera poursuivie. Les services de l'état civil s'efforceront de répondre aux besoins et aux intérêts des communes bourgeoises en matière de communication des données du registre informatisé de l'état civil (Infostar). A l'avenir, les communes bourgeoises y ayant droit se verront livrer sur demande les listes de données d'état civil par les services correspondants. Ces listes permettront de consulter les données concernant l'état civil des personnes inscrites dans Infostar. Ces listes imprimées actuellement par le service de l'état civil à l'intention des communes bourgeoises n'apportent pas encore leur entière utilité. Elles ne seront totalement performantes qu'après l'achèvement de la saisie systématique, c'est-à-dire lorsque toute la population vivante sera saisie dans le registre informatisé de l'état civil (Infostar).

Je présente à l'association, aux communes bourgeoises bernoises et aux corporations bourgeoises, de même qu'à tous ceux qui s'engagent dans les communes, tous mes vœux pour l'avenir et mes meilleurs souhaits de belles et heureuses fêtes.

# Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Bürgergemeinden [www.begem.ch/vbf](http://www.begem.ch/vbf)

Die Finanzverwalter/Finanzverwalterinnen der Bürgergemeinden und Korporationen bilden eine Interessengemeinschaft innerhalb des VBF. Periodische Informationen und/oder Kursausschreibungen werden jeweils im Internet veröffentlicht ([www.begem.ch](http://www.begem.ch); vbf/abf; Aktuelles; Bürgergemeinden).

Es besteht jederzeit die Möglichkeit einer Mitgliedschaft; für Beratungen und Informationen wenden Sie sich bitte an

Herrn  
René Lehmann  
Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach  
Telefon G: 031 322 73 80, P: 034 445 33 77  
e-mail: [info@bglyssach.ch](mailto:info@bglyssach.ch)

**Herr R. Lehmann nimmt auch Ihre Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassierinnen entgegen.**



## Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassierinnen

Bürgergemeinde .....

Bürgerliche Korporation .....

Adresse .....

PLZ, Ort .....

Name/Vorname  
Bürgergemeindegassier /-kassierin .....

Tel. P. .... Tel. G. .... e-mail .....

Senden an: Herrn René Lehmann, Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach

# Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); [www.begem.ch/abf](http://www.begem.ch/abf)

Vous avez reçu en juin 2003 les informations détaillées sur la création d'un sous groupe de l'ABF (en qualité de membres pour les caissiers et caissières de bourgeoisies) **Les administrateurs / trices des finances des communes bourgeoises représentent une communauté d'intérêt au sein de l'ABF**. La possibilité d'être membre existe en tout temps. Pour des conseils et des informations complémentaires, veuillez vous adresser à

Monsieur  
René Lehmann  
Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach  
Telephone prof.: 031 322 73 80, privé: 034 445 33 77  
e-mail: [info@bglyssach.ch](mailto:info@bglyssach.ch)

**Monsieur R. Lehmann prend également en considération vos demandes d'admissions de caissiers et caissières de bourgeoisies en qualité de membres.**



## Inscription en qualité de membre de caissier / caissière de bourgeoisie

Commune bourgeoise .....

Corporation bourgeoise .....

Adresse .....

.....

Nom/prénom  
Caissier/Caissière de bourgeoisie .....

Tél. .... e-mail .....

Envoyer à Monsieur René Lehmann, Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach